

14. April 2010

## Unterstützung der Initiative „Chancen für alle“

Die Hamburger Schulstrukturreform sieht eine Reihe von Veränderungen in der Struktur des Schulwesens vor:

- Verlängerung des gemeinsamen Lernens in der Grundschule bis zum sechsten Schuljahr.
- Abschaffung der Haupt- und Realschulen.
- Schaffung einer gesamtschulnahen integrativen Stadtteilschule, die alle bisherigen Schullaufbahnen und Abschlüsse anbietet und in ihren pädagogischen Optionen Weiterentwicklungsmöglichkeiten für die bisherigen Gesamtschulen bietet. In diese Schulform werden im wesentlichen alle bisherigen Hauptschulen, Realschulen und Gesamtschulen überführt. Die Stadtteilschulen erhalten Ausstattungsvorteile u.a. bei der Klassengröße.
- Zerlegung der Langformschulen (die aus Grundstufe, Mittel- und ggf. Oberstufe bestehen) in selbständige Primarschulen (bis Jahrgang 6) und Stadtteilschulen (ab Jahrgang 7).
- Zunächst Beibehaltung der Gymnasien, wenn auch erst ab Jahrgang 7 und mit eingeschränkten Abschlussmöglichkeiten.
- Verankerung des grundsätzlichen Rechtes für Förderkinder allgemeine Schulen zu besuchen und (trotzdem) zunächst Beibehaltung von Förderschulen.

Als Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens sehen wir in der Verlängerung des gemeinsamen Lernens in der Grundstufe auf 6 Jahre, in der Abschaffung der als geringer wertig geltenden Haupt- und Realschulen sowie der Einschränkung der Abschlussmöglichkeiten beim Gymnasium Schritte in die richtige Richtung: Künftig vergibt jede Schule der Sekundarstufe alle Abschlüsse und erfüllt damit ein Strukturmerkmal der Gesamtschule. Richtig ist auch die Ausstattungsverbesserung der Stadtteilschulen. Die Zerschlagung der Langformschulen ist kontraproduktiv für das längere gemeinsame Lernen, wir betrachten sie als Fehlentscheidung. Und wir bedauern, dass das Gymnasium bei der Bewältigung der bildungspolitischen Herausforderungen nicht (oder kaum) herangezogen wird. Wir begrüßen die gesetzliche Verankerung des Rechtes auf den Besuch allgemeiner Schulen für Schüler/innen mit Förderbedarf. Allerdings bedauern wir, dass trotz des Inkrafttretens der UN-Behindertenrechtskonvention die damit übernommene Verpflichtung zur Schaffung der inklusiven Schule nur zögerlich umgesetzt wird: Struktur und Ausstattung bleiben hinter den Notwendigkeiten zurück. Für uns schafft die jetzige Schulreform keinen befriedigenden Zustand für lange Zeit. Weitere Schritte hin zu einer wirklich inklusiven Schule müssen folgen.

Nun möchten konservative Kräfte, die an einer Aufrechterhaltung der bestehenden Bildungsbarrieren interessiert sind, mit ihrer Kampagne und einem Volksentscheid Schulreformschritte verhindern. Das sollte durch Aktivierung aller an einer Weiterentwicklung des Schulsystems interessierten Menschen verhindert werden. Die GGG unterstützt daher die Initiative „Chancen für alle“, auch wenn einzelne Entscheidungen der Schulreform als nicht weit genug gehend oder problematisch eingeschätzt werden, und fordert alle auf, die ein der Demokratie würdiges Schulsystem anstreben, beim anstehenden Volksentscheid gegen die Zementierung von Privilegien zu stimmen.